



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. Mai 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 239 Postulat Hunkeler Yvonne namens der Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) über kurzfristige Stützmassnahmen der Luzerner Tourismusbranche während der Corona-Krise / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 239 wurde auf die Mai-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.

Yvonne Hunkeler, vertreten durch Jörg Meyer, hält an der Dringlichkeit fest.

Die Stellungnahme der Regierung und die Voten der GLP-, CVP-, FDP- und SVP-Fraktion zu allen Corona-Vorstössen sind unter dem [Postulat P 217](#) zu finden.

Jörg Meyer: Am 1. Mai 2020 hat die WAK eine Videokonferenz durchgeführt. Wir wurden von verschiedenen Regierungsräten über die Corona-Situation informiert. In der Diskussion anerkannten wir die grosse volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus im Kanton Luzern, und es ergab sich dadurch die grossmehrheitliche Haltung der WAK, dass kurzfristig weitere Stützmassnahmen benötigt werden. Der Sommer 2020 stellt nicht nur eine Krise dar, sondern beinhaltet auch eine Chance, gerade auch für den ländlichen Tourismus. Deshalb hat die WAK ein dringliches Postulat eingereicht. Eine Diskussion Ende Juni darüber, dass der Kanton für den Sommer 2020 mehr tun sollte, wäre obsolet, da werbetechnische dann der Sommer bereits gelaufen ist. Die WAK hält an der Dringlichkeit fest.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich habe die WAK an der letzten Sitzung darüber informiert, dass wir daran sind, eine übergreifende Gruppe aus Vertretern des Finanzdepartementes, des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartementes und der Hochschule zu bilden. Dort machen wir uns Gedanken, wie wir den Neustart beschleunigen können respektive welche Massnahmen wir vonseiten der Regierung vorschlagen. Die Anregungen der WAK, auch aus dem Postulat, nehmen wir auf. Ich verweise auf die Stellungnahme des Regierungspräsidenten und bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.